



DIAGONAL

Offizielles Organ des Bernischen Staatspersonalverbandes

110. Jahrgang Nr. 3/2023

16195 Unterschriften übergeben!



Von links nach rechts: Christof Jakob, VPOD; Pino Mangiarratti, Präsident Bildung Bern; Astrid Bärtschi, Finanzdirektorin; Christine Häsler, Bildungsdirektorin; Daniel Wyrsch, GF BSPV, Lirija Sejdi, VPOD; Anna-Katharina Zenger, Bildung Bern; Anastasia Falkner, Präsidentin BSPV

Die drei Personalverbände Bernischer Staatspersonalverband (BSPV), Bildung Bern und Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) übergaben anlässlich des Sozialpartnerggesprächs der Regierungsratsdelegation eine Petition mit 16195 Unterschriften.

Die Petition fordert 3% Teuerungsausgleich und 1,5% individuellen Gehaltsaufstieg auf den Löhnen aller Angestellten beim Kanton, inkl. Bildungs-, Langzeitpflege- und Heimbereich. Die breite Unterstützung für die Petition macht deutlich: Das Personal erwartet, dass der Kanton Bern beim Teuerungsausgleich aufholt.

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Die Personalverbände sind sich mit dem Regierungsrat einig, dass Kantonsangestellte und Lehrpersonen auf Ende 2022 einen Teuerungsrückstand von 2,1% auf ihre Löhne aufwiesen. Nun fordern die Personalverbände für dieses Jahr einen Teuerungsausgleich von 3%, auch da mit einer Jahresteuierung von ca. 2,5% gerechnet wird. Der fehlende Restwert des Teuerungsausgleiches soll in den kommenden Jahren zeitnah ausgeglichen werden. Hier erwarten die Personalverbände verbindliche Zusagen der Regierung und die angepassten Zahlen im Aufgaben- und Finanzplan.

Für 2023 gewährte der Kanton nur 0,5% Teuerung auf die Löhne. Der Durchschnitt bei allen anderen Kantonen lag aber bei 1,75% Teuerung. Der Bund genehmigte sogar 2,5% und die Stadt Bern 2%. Der Kanton Bern verliert so als Arbeitgeber weiterhin an Terrain und das in Zeiten von Fachkräftemangel. So müsste der Regierungsrat bereits schon aus eigenem Interesse bei den Lohnmassnahmen eingreifen. Der Mangel an notwendigen Fachpersonen in den Direktionen, Institutionen und in den Schulen wäre die Folge. Dies führt zu Mehrbelastungen der bisherigen Arbeitskräfte, was neue Kündigungen und Krankheitsausfälle zur Folge haben kann. Um Ausfälle dieser Art aufzufangen, sind externe und damit teurere Lösungen nötig. Der Regierungsrat muss dringend handeln.

Die Personalverbände stehen in regem Austausch mit der Regierungsdelegation, auch in Bezug auf die Lohnmassnahmen. Ferner stehen auch juristische Fragen im

Raum, wie z.B. das allfällige Schlichtungsverfahren zwischen den Sozialpartnern. So etwas gab es seit der neuen Personalgesetzgebung noch nie und ist dementsprechend auch zu wenig präzise beschrieben.

Die Sozialpartnergespräche finden in einem respektvollen Ton miteinander statt. Verständnis auch für die Argumente der Gegenseite ist vorhanden, aber letztlich haben die Sitzungsteilnehmer doch unterschiedliche «Hüte» an und vertreten bestimmt ihre Interessen. Die Personalverbände als Interessensvertreter sind deshalb wichtige Gesprächspartner.

Der BSPV kämpfte an vorderster Front mit und ist gespannt, was konkret im Budget und Aufgaben- und Finanzplan stehen wird. Am 24. August 2023 werden wir es wissen! wy



ANZEIGE



Setzen Sie auf stabile Werte

Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden. **Mit Sonderkonditionen für Verbandsmitglieder.**

www.glauserpartner.ch

Finanzielle Pensionsplanung, unabhängige Vermögensverwaltung, Steueroptimierung, Zweitmeinung zu Bank- oder Versicherungsangeboten – bei uns erhalten Sie alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand. Damit Sie entspannt in die Zukunft blicken können.

Buchen Sie jetzt Ihren Termin:

www.glauserpartner.ch/termin – 031 301 45 45

Wir freuen uns auf Sie!

GLAUSER+PARTNER

VORSORGE | STEUERN | VERMÖGEN

Der Staatsforstbetrieb wird doch nicht ausgegliedert!

Der Staatsforstbetrieb (SFB) ist eine Abteilung des Amtes für Wald und Naturgefahren (AWN). Er bewirtschaftet mit rund 32 Personen 12'500 Hektaren Wald, die dem Kanton Bern gehören. Damit ist der Kanton Bern der grösste Waldbesitzer der Schweiz.

Am 18. Mai 2022 entschied der Regierungsrat die Absicht den SFB aus der kantonalen Verwaltung auszugliedern und in eine Aktiengesellschaft zu überführen. Die Meinung bestand, dass das wirtschaftlich geführte «Unternehmen SFB» ausserhalb der Verwaltung den Wald besser bewirtschaften könnte. Diese Änderung wurde über eine Teilrevision des Waldgesetzes geplant. Es entstand ein Projekt der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU), was letztlich in einem Grossratsbeschluss enden sollte.

In der Folge arbeitete das AWN und die WEU intensiv an diesem Projekt. Neben dem Juristischen, dem Finanziellen (u.a. Businessplan), dem Organisatorischen, ging es auch um die bisherigen Mitarbeitenden. Diese erhielten immer zeitnahe Informationen und wurden in die Prozesse einbezogen. Es bestand die Möglichkeit, jederzeit Fragen zu stellen, die regelmässig abgearbeitet und kommuniziert wurden. Der BSPV-Geschäftsführer nahm immer an den Mitarbeitendenanlässen teil, zeigte mögliche personalrechtliche Konsequenzen auf

und ordnete das Projekt immer wieder politisch ein. Ferner arbeitete er schon intensiv an einem möglichen Personalreglement und fand eine mögliche Anschlusslösung bei der Bernischen Pensionskasse, damit die Mitarbeitenden bei ihrer bisherigen Pensionskasse bleiben könnten.

Die geplante Teilrevision des Waldgesetzes führte zu einer normalen Vernehmlassung bei den politischen Parteien, Städten und Gemeinden und diversen Verbänden. Die 102 Eingaben waren mehrheitlich gegen die Ausgliederung, was der Regierungsrat sehr ernst nahm. Am 31. Mai 2023 beschloss der Regierungsrat, auf die Änderung des Waldgesetzes zu verzichten. Damit war das Projekt gestorben, bevor es in den Grossen Rat kommen konnte. Der Staatsforstbetrieb bleibt damit weiterhin beim AWN.

Am 1. Juni 2023 wurden die Mitarbeitenden des SFB bei einem gemeinsamen Anlass (noch vor der Presse) orientiert. Viele Mitarbeitenden haben den Abbruch des Projekts schon etwas erwartet, müssen das aber mental erst einmal verarbeiten.

Für das AWN und den SFB waren nicht alle Arbeiten umsonst. Die eine oder andere Erkenntnis könnte vorausschauend in die normale Weiterentwicklung des SFB eingebaut werden. Zuerst muss aber noch der STOP etwas verdaut werden. Gemeinsame Gespräche sind wichtig, auch bei einem gemeinsamen Essen....

wy



Fotos wy

Calvin Berli informierte die Mitarbeitenden des SFB bei einem organisierten Anlass über die Nichtausgliederung des Staatsforstbetriebes. Bei einem anschliessendem gemeinsamen Essen wurde noch lange rege darüber diskutiert.

Rückblick Delegiertenversammlung

An der Delegiertenversammlung am 10. Mai 2023 in Bern waren erfreulicherweise wieder viele Delegierte, Gäste, Ehrenmitglieder und Jubilare anwesend.

Vielseitig gestaltete sich der Bericht der Geschäftsleitung, den Daniel Wyrsch erörterte:

- Die Geschäftsstelle passte ihre Öffnungszeiten an, um bei Ferienabwesenheiten flexibler reagieren zu können.
- Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Personalverbänden funktioniert sehr gut. Das zeigte sich auch bei der Petition für die Lohnmassnahmen 2024.
- Der BSPV hat seine Forderungen zur Personalstrategie beim Personalamt eingereicht.
- Bei vielen Versammlungen der einzelnen Sektionen, die Daniel Wyrsch besuchte, ergaben sich viele verschiedene Bedürfnisse.
- Unter anderem sollte der Staatsforstbetrieb ausgelagert werden, was viele Sitzungen nach sich zog. (Siehe Beitrag Seite 3).
- Die Sektion JVA Hindelbank möchte sich auflösen. (Siehe Beitrag Seite 10).
- Wichtig sind auch die Sitzungen mit den Sozialpartnern (Personalamt, Regierungsrat, Justizleitung, Polizeikommando und Bildungsdirektion) und regelmässige Treffen mit Regierungsräten und Kaderleuten. Dies verbessert das Netzwerk deutlich.



Daniel Wyrsch, Geschäftsführer erläuterte die Verbandsrechnung und die Sonderrechnung der Unterstützungskasse.



Roger Schmidt, Co-Amtsleiter Wald und Naturgefahren, referierte zum Thema: «Klimawandel – Wald und Waldleistungen sichern»

**Nächste Delegiertenversammlung am
20. Oktober 2023.**



Der Jahresbericht und die Jahresrechnung 2022 wurden einstimmig genehmigt.



Anastasia Falkner, Präsidentin, bedankte sich bei den scheidenden Geschäftsleitungsmitgliedern Giorgio Insom (2. von links unten) und Robert Ruprecht (2. von rechts unten) für ihre langjährige Arbeit in der Geschäftsleitung.



Ursula Hottinger und Evi Zwygart wurden an der Versammlung per Akklamation als neue Mitglieder in die Geschäftsleitung gewählt.



13 von 60 Jubilaren folgten der Einladung zu ihrem 40-Jahr-Jubiläum beim BSPV.

Fotos jb

«Lehrpersonen haben einen sinnstiftenden Beruf»

Seit 2009 ist Martin Schäfer Rektor der Pädagogischen Hochschule PHBern. Vorher arbeitete er fünfzehn Jahre als Lehrer und Schulleiter auf der Volksschulstufe. Berufsbegleitend studierte Schäfer Erziehungswissenschaft und Geografie, wurde Praxislehrer, Seminarlehrer und später Leiter des Instituts Sekundarstufe I der PHBern. Besonders auf Trab hält ihn zurzeit der Lehrpersonenmangel.

Martin Schäfer, Sie waren lange als Lehrer an der Volksschule tätig. Was hat sie an diesem Beruf fasziniert?

Immer wieder berichten Erwachsene, dass Lehrpersonen ihnen in der Kindheit und während der Jugendzeit wichtige Impulse gegeben oder gute Fragen gestellt haben, die zum Nachdenken anregten. Genau so ging es auch mir, darum wollte ich Lehrer werden und absolvierte das Lehrerseminar. Lehrpersonen haben einen sinnstiftenden Beruf, sie tragen eine grosse Verantwortung und brauchen Handlungsspielraum, um gute Arbeit zu leisten. Sie prägen die kommenden Generationen. Das hat mich immer fasziniert. Später auch die Frage, wie man Schulen pädagogisch ausrichten muss, damit sie ihre Aufgaben gut erfüllen können.

Im Frühjahrssemester 2023 war ich wieder einmal als Dozent an der PHBern tätig. Der Austausch mit den Studierenden, die spannenden Gespräche und



*Martin Schäfer,
Rektor der PHBern*

Impulse waren für mich toll; und hoffentlich auch für die Studierenden lehrreich (schmunzelt).

Wie nehmen Sie die Situation in den Schulen wahr?

Die Situation ist angespannt. An vielen Schulen arbeiten Personen, die noch in der Ausbildung sind, und solche, die über gar keine pädagogische Ausbildung verfügen. Die ausgebildeten Lehrpersonen müssen dadurch mehr Verantwortung tragen, was zum Teil zu Überlastungssituationen führt. Werden Lehrerinnen und Lehrer krank und fallen längere Zeit aus, verstärkt sich der Druck auf die anderen. Bei den Kindern und Jugendlichen leiden die am meisten, die eine besondere Förderung brauchen, weil auch viele ausgebildete Heilpädagoginnen und Heilpädagogen fehlen. Anspruchsvoll sind zudem auch die Herausforderungen, die die Schulleiterinnen und Schulleiter mit ihren knapp bemessenen Ressourcen täglich meistern müssen.

Was tut die PHBern gegen den Lehrpersonenmangel?

Ganz viel. Die PHBern ermöglicht und fördert das Unterrichten an einer Schule während des Studiums. Rund zwei Drittel der Studierenden des Instituts Primarstufe und des Instituts Sekundarstufe I haben eine Anstellung an einer Schule. Das sind etwa 1500 Personen. Sie ersetzen rund 1000 Lehrpersonen mit einem Durchschnittspensum.

Das Interesse, Lehrerin oder Lehrer zu werden, ist erfreulicherweise sehr gross. Noch nie hatte die PHBern so viele Studierende wie heute. Es sind mehr als 3000. Zudem bietet die PHBern einen studienbegleitenden Berufseinstieg an und hat für Unterrichtende ohne pädagogische Ausbildungen Weiterbildungen entwickelt, in denen diese Personen elementares Wissen über die Schule erwerben können.

Wie flexibel kann man an der PHBern studieren?

Sehr flexibel und auf die eigenen Bedürfnisse zugeschnitten. Das geht gar nicht anders, wenn man sieht, wie unterschiedlich die Studierenden bezüglich Alter, Vorbildung, Zeitbudget, Interessen und familiären Verpflichtungen sind. Die 40-jährige Person, die auf dem zweiten oder dritten Bildungsweg Lehrperson wird, ist bei uns ebenso willkommen, wie die Maturandin, die direkt nach dem Gymnasium an der PHBern ihr Studium aufnimmt.

Was könnten die Schulen tun, wenn sie keine ausgebildeten Lehrpersonen finden?

Jede Schule hat andere Voraussetzungen und Bedürfnisse. Darum muss jede Schule unter Nutzung der Unterstützungsmassnahmen des Kantons ihren eigenen Weg finden, um trotz der schwierigen Umstände ihren Auftrag möglichst gut erfüllen zu können. Die Schulleitung hat bei der Schulentwicklung eine Schlüsselaufgabe, sie muss das Team führen und unterstützen. Die PHBern trägt diesem Umstand Rechnung und hat die Schul-

leitungsausbildung völlig neu ausgerichtet. Seit gut einem Jahr wird ein DAS-Lehrgang angeboten, in dem mehr als die Hälfte der Module Wahlangebote sind. Das ermöglicht sowohl Lehrpersonen als auch Quereinsteigenden ohne pädagogische Ausbildung sich bestmöglich auf die anspruchsvolle Aufgabe als Schulleitende vorzubereiten. Gut ausgebildete und mit ausreichend Ressourcen ausgestattete Schulleitende tragen massgeblich dazu bei, dass Schulen sich weiterentwickeln und dadurch eine hohe Unterrichtsqualität sichergestellt werden kann.

Der BSPV setzt sich für gute Anstellungsbedingungen seiner Mitglieder ein. Dazu gehören auch Lehrpersonen von Maturitätsschulen und Dozierende der PHBern. Ist die PHBern eine gute Arbeitgeberin?

Meines Erachtens ja. Dies zeigt sich auch daran, dass viele Dozierende sehr lange bei uns arbeiten. Manche unterrichten gleichzeitig an einer Schule, bringen da-

durch wichtige Erfahrungen mit und haben damit auch einen guten Vergleich bezüglich Anstellungsbedingungen. Ich höre immer wieder, dass diese beiden Säulen sehr viel Sinn machen. Das gilt natürlich auch für unsere Studierenden und die Teilnehmenden der Weiterbildungen der PHBern, die so vom breiten Erfahrungshintergrund der Dozierenden profitieren können. An der PHBern arbeiten übrigens rund 900 Personen. Rund ein Viertel davon als Praxislehrpersonen mit erweitertem Auftrag. Das sind Lehrerinnen und Lehrer, die ihre Hauptanstellung an einer Partnerschule der PHBern haben und für die Praxisnähe unserer Ausbildungen ganz wichtig sind.

Welche Themen stehen neben dem Lehrpersonenmangel an der PHBern im Zentrum?

Wir haben kürzlich neue Studienpläne erarbeitet und ermöglichen damit, noch flexibler und individueller zu studieren. Da steckt sehr viel Arbeit dahinter. Die Forschung der PHBern ist sehr gut aufgestellt und ermöglicht einen unmittelbaren Transfer in die Lehre, was mich sehr freut. In der Weiterbildung werden immer wieder neue Angebote entwickelt. Ein aktuelles Beispiel in der Weiterbildung ist der MAS-Lehrgang Primary Education für Leute, die sich im Beruf weiterentwickeln wollen. Ganz wichtig ist auch das Thema Kultur der Digitalität. Technische Entwicklungen, wie z.B. die erweiterte Nutzung künstlicher Intelligenz stellen auch die Art und Weise wie wir arbeiten, lernen und kollaborieren vor neue Fragen.

Herr Schäfer, Ihnen scheint die Arbeit noch nicht auszugehen. Wie schaffen Sie es, Ihre Aufgabe als Rektor mit so viel Elan und erst noch einer grossen Portion Gelassenheit und Humor zu erfüllen?

Als Rektor der PHBern finde ich immer wieder Antrieb in meiner Überzeugung, dass es unter den sich stets ändernden Bedingungen gemeinsam gelingt, allen Menschen eine bestmögliche Bildung zu ermöglichen. Meine bald dreissigjährige Erfahrung in Führungsaufgaben in der Bildung gibt mir zudem viel Gelassenheit, weil ich weiss, dass Entwicklungen nur sehr langsam vonstatten gehen. Der Humor hilft immer dann, wenn mein Elan und meine Gelassenheit innerlich aneinandergeraten.

Vielen Dank, dass Sie sich für dieses Interview Zeit genommen haben.

wy/jb

«Empowerment» von politischen Behördengremien

Die Herausforderungen für Gemeinden und deren Behördengremien waren schon immer vielfältig und anspruchsvoll.

Die zu bewältigenden Aufgaben im föderalen Verbund (u.a. Digitalisierung, Anpassungen an den Klimawandel, Asyl) sowie die steigenden Ansprüche seitens der Bürgerinnen und Bürger an die öffentliche Hand (u.a. One-Stop-Shop, Erreichbarkeit rund um die Uhr) nehmen zu. Gleichzeitig haben viele Gemeinden Schwierigkeiten, Fachkräfte für die Gemeindeverwaltung und Kandidierende für den Gemeinderat zu finden. Um den Anforderungen mit Blick in die Zukunft gerecht zu bleiben, müssen die Aufgaben und deren Verteilung im Gemeinderat regelmässig analysiert und bei Bedarf neu geordnet werden.

Hohe Belastung

Die Anforderungen an (insbesondere kleinere) Gemeinden und ihre Gemeinderäte sind in den letzten Jahren stark gestiegen: die politischen Behörden müssen Strategien entwickeln und diese zusammen mit den Verwaltungen umsetzen. In Gemeinden mit Ressortsystem kommt es dadurch oftmals zu Verschiebungen von Aufgabenschwerpunkten, wodurch die Arbeitslast sowie die erforderliche Präsenz in den einzelnen Ressorts unterschiedlich verteilt ist. In der herkömmlichen Struktur des Gemeinderats können zudem neue Themen oftmals nicht mit ausreichend Gewicht adressiert werden. In der Summe kann die Arbeitslast einzelner Ressorts im Milizsystem kaum noch bewältigt werden; die resultierende Belastung des einzelnen Mitglieds sowie des Gemeinderats als Gremium ist zu

*Dr. Michel Geelhaar
Partner und Mitglied
der Geschäftsleitung
Federas Beratung AG*

www.federas.ch



hoch. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten vieler Gemeinden, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für den Gemeinderat zu finden, kann die Analyse der bestehenden und neuen Aufgaben- und Themen helfen, das Amt attraktiver zu gestalten.

Regelmässige Überprüfung der Aufgaben und Themen

Im Zuge der obgenannten Herausforderungen müssen die Aufgaben im Gemeinderat im Detail analysiert, die dafür notwendigen Ressourcen quantifiziert und darauf basierend Aufgaben- und Ressortaufteilungen geprüft werden, so dass neue Themenschwerpunkte auch über die Struktur im Gemeinderat gestärkt werden können. Zudem müssen die Kommissionen überprüft werden: es gilt zu hinterfragen, welchen Zweck sie erfüllen und ob sie einen Mehrwert bieten oder lediglich zusätzlichen Aufwand bedeuten. In einigen Fällen können temporäre und flexiblere Partizipationsformen für Projekte zielführender sein. Nicht zuletzt ist es wichtig, die identifizierten Optimierungsmöglichkeiten im Gemeinderat auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeindeverwaltung zu diskutieren. Die Verschiebungen können zu organisatorischen Anpassungen führen, bei denen die operative Perspektive hilft, praktikable Lösungen zu finden.

Bei der Überprüfung der Aufgaben / Themen im Gemeinderat stellt sich oftmals auch die Frage, wie und wo eine sinnvolle Trennung zwischen der strategischen Arbeit des Gemeinderats und der operativen Umsetzung durch die Gemeindeverwaltung erfolgen kann. Zudem lohnt es sich, auch die Prozesse zu überprüfen. Ein pragmatisches Prozessmanagement hilft insb. der politischen Führung, das strategische Controlling wahrzunehmen und am richtigen Ort zu unterstüt-

Fortsetzung Seite 9

Investiert der Kanton genug in die Strasseninfrastrukturen?

Viele Brücken im Kanton Bern datieren aus den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts. Sie werden in den nächsten Jahren praktisch zeitgleich sanierungsbedürftig. Das Tiefbauamt (TBA) hat diesen Umstand sehen kommen und deshalb im Jahr 2020 eine Studie zum Ressourcenbedarf für die Erhaltung der Kunstbauten erstellen lassen. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass der Kanton die Investitionen in die Substanzerhaltung der Kantonsstrassen, insbesondere für die Sanierung der Brücken, in den nächsten zehn Jahren sukzessiv um rund 25 bis 30 Mio. CHF pro Jahr erhöhen muss. Dieser Umstand und die knappen finanziellen Mittel des Kantons gaben den Ausschlag, dass die Investitionen im Tiefbau zu priorisieren sind. Bereits priorisiert wurden die beiden Verkehrssanierungsprojekte Aarwangen und Emmentalwärts: Sie sind weit fortgeschritten in der Planung und finanziell tragbar für den Kanton, weil rund 80 % der Kosten durch Bundesgelder und Mittel aus dem Investitionsspitzenfonds gesichert sind.



Stefan Studer,
Kantonsoberingenieur

Heisst das nun, dass für die anderen Projekte im Tiefbau nichts mehr übrig bleibt? Nein, denn auch dort bestehen viele dringende Bedürfnisse: die Veloinfrastruktur ist auszubauen, Ortsdurchfahrten sind zu sanieren, Bushaltestellen hinderisfrei anzupassen und Unfallschwerpunkte zu entschärfen. Allein für die Verbesserung der Veloinfrastruktur investiert das TBA in den nächsten fünf Jahren rund 15 bis 20 Mio. CHF pro Jahr, eine ansehnliche Summe. Der Regierungsrat hat im Februar dieses Jahres von der priorisierten Investitionsplanung Tiefbau erstmals Kenntnis genommen. Der Priorisierungsprozess soll

jährlich wiederholt werden, um auf die sich rasch ändernden Bedürfnisse reagieren zu können. Es steht also weiterhin genug Geld für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Strasseninfrastrukturen im Kanton Bern zur Verfügung, aber das Geld muss dort investiert werden, wo der grösste Nutzen entsteht.

Stefan Studer

zen. Dabei ist wichtig, Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Im Rahmen der Aufgaben- und Themenüberprüfung kann die Gemeindeorganisation auch als Ganzes hinterfragt werden: im Vordergrund steht dabei die Frage, ob das Ressortsystem in einen kollegialen Gemeinderat im Sinne eines «Verwaltungsrates» umstrukturiert werden kann.

Tiefere Beanspruchung, effektivere Arbeit

Die regelmässige Überprüfung der Aufgaben und Themen, der Funktionsweise sowie der Prozesse in der politischen Arbeit hilft, die zeitliche Beanspruchung für das einzelne Mitglied im Gemeinderat sowie des Gremiums insgesamt zu reduzieren. Bei der Suche nach potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten können diese zudem präziser über die Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Gemeinderat sowie in den jeweiligen Ressorts informiert werden. Es wird deutlich, welche «Pflichtaufgaben» existieren und wieviel Zeit resp. Ressourcen

vorzusehen sind. Die bessere Planbarkeit macht das Amt attraktiver und kann zu einer Kandidatur motivieren.

Abschließend lässt sich sagen, dass es wichtig ist, regelmäßig innezuhalten und die Aufgaben, die Organisation und Prozesse sowie die eingesetzten Ressourcen im Gemeinderat zu analysieren. Auf dieser Grundlage können gemeinsam mit der Verwaltung tragfähige Lösungen erarbeitet werden. Oftmals sind nur kleine Anpassungen notwendig, um Effizienz, Effektivität und Zusammenarbeit zwischen der politischen Behörde und der Verwaltung zu verbessern. Dies erlaubt, die Arbeitslast ausgewogen zu organisieren. Dieses «Empowerment» ist aufgrund der steigenden Ansprüchen an die politischen Behördengremien zwingend, um das Amt der Gemeinderätin resp. des Gemeinderates attraktiv zu halten.

Dr. Michel Geelhaar / Sabine Probst, Beraterin

Sektion Justizvollzugsanstalt Hindelbank

Auflösung der Sektion

Nach 65 Jahren ist leider Schluss. Die Sektion «Anstalt Hindelbank» nun «Justizvollzugsanstalt Hindelbank» wurde am 11. März 1958 gegründet. An der Hauptversammlung der Sektion am 24. Mai 2023 beschlossen die Versammelten die Auflösung der Sektion auf Ende Jahr.

Ein Anteil Wehmut war trotz allem auch dabei, war doch die Sektion in früheren Jahren mit unterschiedlichsten Anlässen sehr aktiv. Mangels Interesse nahmen organisierte Aktivitäten immer mehr ab, und während der Coronazeit fand verständlicherweise gar nichts mehr statt. Vorstandsmitglieder zu finden wurde auch immer schwieriger, was bei vielen anderen Sektionen leider auch der Fall ist. Fehlende Aktive im Vorstand, macht die Arbeit auch nicht leichter. Ein «Vereinsleben» im Allgemeinen ist nicht mehr so gefragt. Vielen ist dies zu verbindlich und Kontakte können auch anderweitig gepflegt werden, nicht zuletzt auch digital. Mit dieser Entwicklung geht in unserer Gesellschaft sehr viel Zwischenmenschliches verloren.

Die Versammlung unter der Leitung der letzten Präsidentin, Caroline Bill, hat beschlossen, das verbleibende Kapital der Sektion dem BSPV zu übertragen. Beim BSPV wird das bestehende Vermögen während 10 Jahren für eine allfällige Wiedergründung reserviert. Bei Nichtgebrauch geht das Guthaben definitiv ins Verbandsvermögen über. Der Geschäftsführer, Daniel Wyrsch, wird mit dem langjährigen Kassier, Richard Müller, die Vermögensübertragung vollziehen, damit sichergestellt ist, dass auch die letzten Handlungen der Sektion korrekt ablaufen.

Im Anschluss an die Versammlung offerierte die Sektion ein feines Menu im Restaurant Kreuz in Hettiswil. Fast hätte man es als Leichenschmaus bezeichnen können, der aber der Hauptversammlung einen würdigen Abgang verlieh und viele Mitglieder in gemeinsamen Erinnerungen schwelgen liess.

Der BSPV freut sich, dass fast alle Mitglieder der Sektion als Einzelmitglieder dem Verband treu bleiben.

Bravo!

wy

PENSIONIERT ? UMGEZOGEN ?

Bitte melden Sie uns Ihre neue Adresse oder auch Pensionierung, damit unsere Adressverwaltung und die Mitgliederbeiträge immer auf dem neuesten Stand sind!

Vielen Dank für Ihre Mithilfe.

Kontaktieren Sie uns über
sekretariat@bspv.ch / 031 311 11 66

oder über das Formular auf unserer
Website

www.bspv.ch/Kontakt

MITGLIEDER WERBEN MITGLIEDER !

**Ist Ihre Kollegin, Ihr Kollege schon Mitglied
beim BSPV?**

**Fragen Sie und werben Sie!
Und Sie erhalten als Dankeschön eine
Werbepremie von CHF 50.00.**

**Neumitglieder wird der
Beitrag 2023 geschenkt!**

Einfach den folgenden Link weiterleiten:

www.bspv.ch/mitglieder/mitglied-werden

Sektion Pensionierte BSPV

Bildungsreisen und Anlässe

Gerhard-Meier-Literaturweg

Am Dienstag, 16. Mai 2023 trafen sich knapp 20 Pensionierte am Bahnhof Niederbipp, um den Gerhard-Meier-Literaturweg zu erkunden. Unter Führung von Peter Brotschi wurden rund 20 Stationen und Orte begangen, welche im Leben des Poeten von Bedeutung waren. Die eisige Bise konnte weder den interessanten Ausführungen Peter Brotschis noch dem Austausch in der Gruppe Abbruch tun. Nach knapp zweieinhalb Stunden waren allerdings alle froh, die Gespräche bei deutlich wärmeren Temperaturen im Hotel Bären weiterführen und vertiefen zu können.

«La Gruyère»:

Maison Cailier/Gruyères: Mittagessen und Schloss

Knapp 35 Personen reisten am 7. Juni 2023 ins Greyerzerland. Das traumhafte und fröhliche Wetter trug dazu bei, dass die Fahrt von Bern nach Broc durch die lieblich anmutende Landschaft zum Erlebnis wurde. Das 1796 gegründete «Maison Cailier», – die älteste Schokoladefabrik der Schweiz –, und die interaktive Führung waren die Reise durchaus wert.

Wer sich nach dem Mittagessen im Restaurant «Hôtel de Ville» in Gruyères nicht mit einem Spaziergang durchs Städtchen, dem Besuch von Souvenirshops oder des Museums von H.R. Gyger begnügen wollte, erklimmte das im 13. Jahrhundert erbaute «Château de Gruyères» und damit die ehemalige Residenz der einstigen Grafen von Greyerz zwecks Besuch desselben.

24. August 2023 – Glasi Hergiswil und Pius-Kirche Meggen

Seit 1817 wird in Hergiswil am Vierwaldstättersee Glas geblasen. Am Ausflug vom 24. August 2023 in die Glasi Hergiswil wird sich die Gelegenheit bieten, im Rahmen eines Rundgangs durch die Produktionsstätten und das Museum, Wissenswertes zur Geschichte des Glases und der Glasbläserei als solche sowie zur Glasi Hergiswil zu erfahren und Glasbläser bei der Ausübung ihrer Handwerkskunst zu beobachten. Wer möchte kann eine eigene Glaskugel blasen. Der Besuch der Pius-Kirche in Meggen mit ihrer Architektur, die auf den Solothurner Architekten Franz Füg zurückgeht, ist

absolut zu empfehlen: Die fensterlose Kirche besteht aus 888, aus griechischem Marmor gefertigten Platten, welche zwischen Stahlstützen eingehängt sind. Der Marmor ist transparent, so dass das Licht von aussen in die Kirche gelangen kann. Die daraus resultierenden aussergewöhnlichen optischen Effekte, die durchaus als mystisch bezeichnet werden können, werden akustisch durch ein Glockengeläut ergänzt, das seinesgleichen sucht.

Informations- und Diskussionsforen

Am **1. November 2023**, 16.30 – 18.00 Uhr ist ein Forum geplant zum Thema «Einflüsse aktiven Musizierens und Musikhörens auf das Gedächtnis und auf die Entwicklung von Demenz».

Ursula Hottinger, Erziehungswissenschaftlerin und Atem&Stimmtherapeutin, wird ins Thema einführen und die anschliessende Diskussion moderieren.

Nähere Informationen werden im Diagonal vom 25. September 2023 zu finden sein.

Ursula Hottinger

Nächste Bildungsreise der Pensionierten

Glasi Hergiswil und Pius-Kirche Meggen

Donnerstag, 24. August 2023

Vormittag: Museum und Rundgang in der Glasi Hergiswil / NW

Mittagessen: in Hergiswil am Vierwaldstättersee

Nachmittag: Besuch der Piuskirche in Meggen

Einsteigemöglichkeiten: Thun und Bern

Kosten: Fr. 60.–/Person

(Car, Mittagessen, Museumseintritt)

Nähere Informationen: bspv-senioren.ch

Auskunft und Anmeldung:

martinhagi@bluewin.ch/032 392 40 12

Pfarrverein

Jahresversammlung

Normalerweise sind Jahresversammlungen eine trockene Angelegenheit. Dies trifft beim Pfarrverein nicht ganz zu. Die diesjährige Jahresversammlung fand am 1. Mai 2023 im Kirchgemeindehaus Johannes in Bern statt und beinhaltete verschiedene Elemente:

- ein kurzer Vortrag brachte ein **Aha-Erlebnis**
- Grussworte zeigten die weite **Vernetzung**
- die obligatorischen Traktanden wiesen auf die **Arbeit des Vorstandes** hin
- und das ungezwungene Zusammensein bei Kaffee, Speis und Trank stärkte das **Gemeinschaftsgefühl**.

Die vier Elemente der Versammlung:

Für den Kopf: Prof. Matthias Zeindler, Mitglied im Schweizerischen Pfarrverein, hielt einen spannenden Vortrag zu den Tendenzen in der Kasualpraxis – weg von den traditionellen Formen und Inhalten. Er konnte aufzeigen, dass die Verkündigung des Evangeliums ein weites Feld mit vielen Ausprägungen ist.

Für die Vernetzung: Judith Pörksen, Synodalratspräsidentin und Mitglied BSPV und im Schweizerischen Pfarrverein, war mit der Presse sehr unzufrieden, die nur Negatives über die Kirche berichtet und forderte die Anwesenden auf, ein gutes Beispiel für die Kirche zu sein. Daniel Wyrsh, Geschäftsführer des BSPV, überbrachte Grüsse vom Dachverband. Leider muss er immer wieder in Rechtsfällen vermitteln. Dass wir weit vernetzt sind zeigten die Grussworte von Hanni Pudney, Pro Kat, und Stefan Loosli, Sozialdiakonischer Verein.

Für das Protokoll: Kathrin Brodbeck, Präsidentin, führte geschickt durch die Traktanden. Scheidende Vorstandsmitglieder wurden verabschiedet und erfreulicherweise neue gewählt.

Fürs Gemüt und den Magen: Eine ausgiebige Znünipause und das anschliessende Zusammensein bei Speis und Trank rundeten die Versammlung ab.

Über 50 Mitglieder wussten diese Vielfalt zu schätzen und haben an dieser interessanten Versammlung teilgenommen.

Alfred Müller, Sekretär



Kathrin Brodbeck, Präsidentin Pfarrverein



Judith Pörksen, Synodalratspräsidentin



Daniel Wyrsh, Geschäftsführer BSPV



Prof. Matthias Zeindler hielt einen spannenden Vortrag zu den Tendenzen in der Kasualpraxis.

Fotos Christoph Knoch



16195 signatures déposées !

Les trois associations du personnel, l'Association du personnel de l'État de Berne (APEB), Formation Berne et le Syndicat des services publics (SSP) ont remis à la délégation du Conseil-exécutif une pétition munie de 16195 signatures dans le cadre de la discussion entre partenaires sociaux.

La pétition réclame 3% de compensation du renchérissement et 1,5% d'augmentation individuelle pour les salaires de tous les employés et employées du Canton, y compris dans les secteurs de l'éducation, des soins de longue durée et des homes. Le large soutien à la pétition montre clairement que le personnel attend du canton de Berne qu'il rattrape son retard en matière de compensation du renchérissement.

Les associations du personnel sont d'accord avec le Conseil-exécutif pour dire que les salaires des employées et employés du Canton ainsi que du personnel enseignant présentent un retard de 2,1% sur le renchérissement à fin 2022. Les associations du personnel demandent donc pour cette année une compensation du renchérissement de 3%, car un renchérissement annuel d'environ 2,5% est attendu. Le reste manquant de la compensation du renchérissement doit être compensé rapidement au cours des prochaines années. A ce sujet, les associations du personnel attendent du Conseil-exécutif des engagements fermes



de gauche à droite: Christof Jakob, SSP; Pino Mangiarratti, président Formation Berne; Astrid Bärtschi, directrice des finances; Christine Häsler, directrice de l'instruction publique; Daniel Wyrsh, administrateur APEB, Lirija Sejdi, SSP; Anna-Katharina Zenger, Formation Berne; Anastasia Falkner, présidente APEB

ainsi que la mention des montants adaptés dans le plan intégré mission-financement.

Pour 2023, le Canton n'a accordé que 0,5% de renchérissement sur les salaires. La moyenne de tous les autres cantons était cependant de 1,75%. La Confédération a même accordé 2,5% et la ville de Berne 2%. Le Canton de Berne continue ainsi de perdre du terrain en tant qu'employeur et cela en période de pénurie de personnel qualifié. C'est par conséquent dans son propre intérêt que le Conseil-exécutif devrait agir en matière de mesures salariales. Faute de quoi, il devra faire face à un manque de spécialistes dans les directions, les institutions et les écoles. Cela conduit à une charge supplémentaire sur les forces de travail actuelles, ce qui se traduit à son tour par de nouvelles démissions et des absences pour maladie. Pour absorber des absences de ce type, des solutions externes et donc plus coûteuses sont nécessaires. Le Conseil-exécutif doit agir sans tarder.

Suite à page 15

L'Entreprise Forêts domaniales ne sera pas externalisée

L'Entreprise Forêts domaniales (EFD) est une division de l'Office des forêts et des dangers naturels (OFDN). Elle emploie 32 personnes, elle soigne et gère 12500 hectares de forêt qui appartiennent au Canton de Berne.

Le Canton de Berne est de ce fait le plus grand propriétaire de forêt de la Suisse.

Le 18 mai 2022, le Conseil exécutif a décidé de détacher l'EFD de l'administration cantonale et de la transformer en une société anonyme. L'opinion prévalait que l'«entreprise EFD» dirigée avec un objectif de rentabilité, pourrait mieux exploiter la forêt en étant en dehors de l'administration. Ce changement était prévu par le biais d'une révision partielle de la loi cantonale sur les forêts. Un projet a été élaboré par la Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement (DEEE) et devait au final faire l'objet d'une décision du Grand Conseil.

L'EFD et la DEEE ont travaillé intensivement à ce projet. En plus des aspects juridiques, financiers (notamment un business plan) et organisationnels, il s'agissait de prendre en considération les collaboratrices et collaborateurs. Ces derniers ont toujours reçu les informations en temps utile et ont été associés au processus. Il a été possible à chaque instant de poser des questions, lesquelles ont été régulièrement traitées et communiquées. L'administrateur de l'APEB a pris part aux

réunions des employées et employé. Il a relevé les conséquences possibles en matière de droit du personnel et replacé le projet dans sa perspective politique. Il a en outre élaboré un règlement du personnel et trouvé une solution d'affiliation à la Caisse de pension bernoise afin que les collaboratrices et collaborateurs puissent rester dans la même caisse de pension.

Le projet de révision partielle de la loi sur les forêts a conduit à une consultation habituelle auprès des partis politiques, villes et communes ainsi que diverses associations. La majorité des réponses étaient en défaveur de l'externalisation, ce que le Conseil-exécutif a pris très au sérieux. Le 31 mai 2023, il a décidé de renoncer à la modification de la loi sur les forêts. En conséquence, le projet a été abandonné avant d'être traité au Grand Conseil. L'Entreprise Forêts domaniales demeure ainsi au sein de la DEEE.

Le 1er juin 2023, les collaboratrices et collaborateurs de l'EFD ont été informés de la situation avant la presse, lors d'une réunion commune. De nombreux collaborateurs s'attendaient certes à l'abandon du projet mais ont dû d'abord assimiler la nouvelle.

Pour la DEEE et l'EFD, les travaux n'ont pas été inutiles. L'une ou l'autre conclusion pourrait être intégrée de manière prévisionnelle dans l'évolution normale de l'EFD. Tout d'abord, le STOP doit encore digérer. Les discussions communes, comme à l'occasion d'un repas en commun, sont importantes. wy



Lors d'une réunion organisée à cet effet, Calvin Berli a informé les collaboratrices et collaborateurs de l'EFD de la non-externalisation de l'Entreprise Forêts domaniales. Les discussions sont ensuite allées bon train au cours d'un repas en commun.

Le Canton investit-il suffisamment dans les infrastructures routières?

De nombreux ponts dans le canton de Berne datent des années 50 et 60 du siècle dernier. Ils devront être assainis pratiquement tous en même temps au cours de ces prochaines années. L'Office des ponts et chaussées (OPC) a vu venir cette situation et a mandaté en 2020 une étude sur les besoins en ressources pour l'entretien des ouvrages d'art.

Les résultats ont montré que le Canton devait au cours des 10 prochaines années augmenter successivement de 25 à 30 Mio CHF par an les investissements pour le maintien de la substance des routes cantonales, en particulier pour l'assainissement des ponts. Cette situation ainsi que les moyens financiers limités du Canton ont conduit à prioriser les investissements dans le génie civil. Les deux projets de réaménagement des réseaux routiers d'Aarwangen et en Emmental ont d'ores et déjà été priorisés: leur planification est bien avancée et ils sont financièrement supportables pour le Canton. En effet, 80% des fonds sont assurés par la Confédération et par le Fonds de couverture des pics d'investissement.



Stefan Studer,
Ingénieur en chef cantonal

Cela signifie-t-il que pour les autres projets routiers il n'y a plus rien? Non, car là aussi les besoins urgents sont nombreux:

Développement du réseau cyclable, assainissement de traversées de localité, adaptation des arrêts de bus aux personnes à mobilité réduite et réduction des points noirs en matière d'accidents. Rien que pour l'amélioration des infrastructures cyclables, l'OPC investira 15 à 20 Mio CHF par an ces cinq prochaines années, une somme considérable. Le Conseil-exécutif

a pris connaissance pour la première fois en février de cette année de la planification priorisée des investissements. La démarche de priorisation doit être renouvelée chaque année pour pouvoir réagir aux besoins qui changent rapidement. Il y a donc assez d'argent à disposition pour le maintien et le développement des infrastructures routières dans le canton de Berne mais il doit être investi là où le bénéfice est le plus important.

Stefan Studer

Suite de la page 13

Les associations du personnel ont des échanges suivis avec la délégation du Conseil-exécutif, en lien également avec les mesures salariales. Par ailleurs, des questions juridiques se posent comme par exemple l'éventuelle procédure de conciliation entre les partenaires sociaux. Depuis la nouvelle législation en matière de personnel, aucune procédure de ce type n'a encore eu lieu et elle est de ce fait décrite de manière trop imprécise.

Les discussions entre partenaires sociaux se déroulent dans le respect réciproque. Il y a de la compréhension

également pour les arguments de la partie adverse mais en fin de compte les participants aux réunions portent des «casquettes» différentes et représentent des intérêts différents. Les associations du personnel en tant que représentantes d'intérêts sont donc des partenaires de discussion importants.

L'APEB participe aux négociations au front et est curieuse de voir ce qui figurera concrètement au budget et dans le plan intégré mission-financement. Nous le saurons le 24 août 2023.

wy

Veranstaltungen

Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht

Kursleitung:

Oliver Grob, eidg. dipl. Finanzplanungsexperte,
Glauser + Partner Vorsorge AG,

Daten: Montag, 16. Oktober 2023,
18.00 – 21.00 Uhr

Kursort: Postgasse 60, Bern

Kosten:

BSPV-Mitglieder CHF 90.00
Mitglieder angestellte bern CHF 110.00
Nicht-Mitglieder CHF 160.00

Infoveranstaltung über den BSPV

mit anschliessendem kleinem Apéro

- Was macht der BSPV?
- Wie ist der BSPV aufgebaut?
- Die Sektionen des BSPV.
- Rechte und Pflichten der Angestellten.

Kursleitung: Daniel Wyrsh, Geschäftsführer
BSPV,

Datum: Dienstag, 7. November 2023,
17.30 – 20.00 Uhr

Kursort: Postgasse 60, Bern

Kosten: gratis

Das Personalrecht im Kanton Bern

**Der Geschäftsführer des BSPV referiert
auf Wunsch an eurer
Sektionsversammlung!**

Auskunft unter 031 311 11 66
oder sekretariat@bspv.ch

Diagonal

**Möchten Sie das Diagonal nicht mehr
in Papierform erhalten? Das Diagonal
ist zeitgleich mit dem Versand auch
auf unserer Website online verfügbar.**

Ein Mail ans Sekretariat genügt:

sekretariat@bspv.ch:

Stichwort: Diagonal abbestellen

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Montag / Mittwoch / Freitagvormittag
8.30 Uhr – 11.45 Uhr (oder nach Vereinbarung)

Telefonzeiten der Geschäftsstelle

Telefonzeiten

Montag- bis Freitagvormittag:
8.30 – 11.45 Uhr
Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
13.30 – 16.00 Uhr

Telefon 031 311 11 66

Sommerferien der Geschäftsstelle

Das Telefon wird vom **10. Juli bis 21. Juli
2023 nur vormittags** bedient.

**Die Geschäftsstelle ist vom 24. Juli bis
4. August 2023 ganztags geschlossen!**

Besuchen Sie unsere Website:
www.bspv.ch

Impressum

Offizielles Organ des Bernischen Staatspersonal-
verbandes BSPV
Organe officiel de l'Association du personnel de
l'Etat
de Berne APEB

ISSN 2997-1866

Redaktion / Rédaction / Inseratenverwaltung /
Administration des annonces:
Joanne Bisig (jb), Daniel Wyrsh (wy)
BSPV, Postgasse 60, Postfach 533, 3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66 /
sekretariat@bspv.ch / www.bspv.ch

Übersetzung französisch /
Traduction française: Anne-Marie Krauss

Druck und Spedition / Impression et expédition:
Lüthi Druck AG, Bodackerweg 4
3360 Herzogenbuchsee